



Satzung des Marktes Wartenberg über die Herstellung von Stellplätzen und deren Ablösung (Stellplatzsatzung)

Vom 13. April 2017

Aufgrund von Art. 81 Abs. 1 Nr. 4 der Bayerischen Bauordnung (BayBO), in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBl. S. 588), erlässt der Markt Wartenberg folgende Satzung:

§ 1 Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für das gesamte Gebiet des Marktes Wartenberg mit Ausnahme der Gemeindegebiete, für die verbindliche Bebauungspläne mit abweichenden Stellplatzfestsetzungen gelten.

§ 2 Pflicht zur Herstellung von Stellplätzen

Die Verpflichtung zur Herstellung von Stellplätzen besteht entsprechend Art. 47 Abs. 1 BayBO,

- wenn eine Anlage errichtet wird, bei der ein Zu- oder Abfahrtsverkehr zu erwarten ist, oder
- wenn durch die Änderung oder Nutzungsänderung einer Anlage ein zusätzlicher Bedarf zu erwarten ist. Das gilt nicht, wenn sonst die Schaffung oder Erneuerung von Wohnraum auch unter Berücksichtigung der Möglichkeit einer Ablösung nach Art. 47 Abs. 3 Nr. 3 BayBO erheblich erschwert oder verhindert würde.

§ 3 Anzahl der Stellplätze

- (1) ¹Die Anzahl der notwendigen und nach Art. 47 BayBO herzustellenden Stellplätze (Stellplatzbedarf) ist anhand der Richtzahlenliste für den Stellplatzbedarf zu ermitteln, die als Anlage Bestandteil dieser Satzung ist. ²Die herzustellenden Stellplätze müssen ungehindert und unabhängig voneinander befahr- und nutzbar sein; Stauräume jeder Art, insbesondere vor Garagen, werden nicht als Stellplatz angerechnet. ³Wird die Zahl der notwendigen Stellplätze nicht durch diese Satzung oder eine städtebauliche Satzung festgelegt, ist die Verordnung über den Bau und Betrieb von Garagen sowie über die Zahl der notwendigen Stellplätze des Bayerischen Staatsministeriums des Innern anzuwenden. ⁴Die sich aus der Anlage ergebende Anzahl ist immer auf eine volle Zahl aufzurunden.
- (2) ¹Zusätzlich zu den nach § 3 Abs. 1 erforderlichen Stellplätzen ist bei Wohngebäuden je angefangene drei Wohneinheiten ein für Besucher zugänglicher Stellplatz auf der Freifläche (Besucherstellplatz) zu errichten.
- (3) ¹Wohngebäude im Sinne dieser Satzung sind insbesondere Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser sowie Mehrfamilienhäuser und sonstige Gebäude mit Wohnungen; ausgenommen Senioren-, Pflege-, Arbeitnehmer-, Studenten-, Jugend-, Kinder-, Schüler und Behindertenwohnheime sowie vergleichbare Wohnformen. ²Für die Nutzungsarten nach Satz 1 Halbsatz 2 gilt Abs. 1 Satz 3 entsprechend.
- (4) ¹Für Verkehrsquellen, die in dieser Anlage nicht erfasst sind, ist der Stellplatzbedarf nach den besonderen Verhältnissen im Einzelfall in Anlehnung an eine oder mehrere vergleichbare Nutzungen, die in der Anlage aufgeführt sind, zu ermitteln. ²Ist dies nicht möglich, so ist Abs. 1 Satz 3 entsprechend anzuwenden.



- (5) ¹Für Anlagen mit regelmäßigem An- und Auslieferungsverkehr ist auch eine ausreichende Anzahl von Stellplätzen für Lastkraftwagen nachzuweisen. ²Auf ausgewiesenen Ladezonen für den Anliegerverkehr dürfen keine Stellplätze nachgewiesen werden.
- (6) Für Anlagen, bei denen ein Besucherverkehr durch Autobusse zu erwarten ist, ist auch eine ausreichende Anzahl von Stellplätzen für Busse nachzuweisen.
- (7) Für Anlagen, bei denen ein Besucherverkehr durch einspurige Kraftfahrzeuge (z.B. Radfahrer, Mofafahrer) zu erwarten ist, ist auch ein ausreichender Platz zum Abstellen von Zweirädern nachzuweisen.
- (8) ¹Werden Anlagen verschiedenartig genutzt, so ist der Stellplatzbedarf für jede Nutzung (Verkehrsquelle) getrennt zu ermitteln. ²Eine gegenseitige Anrechnung ist bei zeitlich ständig getrennter Nutzung möglich.

§ 4

Möglichkeiten zur Erfüllung der Stellplatzpflicht

- (1) ¹Die Stellplatzverpflichtung wird erfüllt durch Schaffung von Stellplätzen auf dem Baugrundstück (Art. 47 Abs. 3 Nr. 1 BayBO) oder auf einem geeigneten Grundstück in der Nähe, wenn dessen Benutzung für diesen Zweck gegenüber dem Rechtsträger der Bauaufsichtsbehörde rechtlich gesichert ist (Art. 47 Abs. 3 Nr. 2 BayBO). ²Ein geeignetes Grundstück befindet sich in der Regel nicht mehr in der Nähe, wenn die fußläufige Entfernung 150 m übersteigt.
- (2) ¹Stellplätze dürfen auf dem Baugrundstück oder auf einem anderen Grundstück im Sinne des Absatzes 1 nicht errichtet werden, wenn aufgrund von Festsetzungen im Bebauungsplan auf dem Baugrundstück keine Stellplätze oder Garagen angelegt werden dürfen.
- (3) ¹Der Stellplatznachweis kann durch Abschluss eines Ablösungsvertrages erfüllt werden, der im Ermessen der Gemeinde liegt. ²Der Ablösungsbetrag wird pauschal auf 8.000 EUR pro Stellplatz festgesetzt.

§ 5

Ausstattung von Stellplätzen

¹Es ist eine naturgemäße Ausführung der Zufahrten und Stellflächen vorzusehen; soweit wie möglich sollen wasserdurchlässig befestigte Flächen, deren Belag einen Öffnungsanteil von 20 % aufweist, gewählt werden. ²Es ist für die Stellplatzflächen eine eigene Entwässerung vorzusehen. ³Die Entwässerung darf nicht über öffentliche Verkehrsflächen erfolgen.

§ 6

Barrierefreie Stellplätze

- (1) ¹Für je 25 notwendige Stellplätze für Kraftfahrzeuge ist für Menschen mit Behinderung ein zusätzlicher Stellplatz auf dem Grundstück mit den Anforderungen nach den jeweils technisch gültigen Bestimmungen nachzuweisen. ²Ein Stellplatz nach Satz 1 muss dabei jedoch mindestens 3,50 m breit und mindestens 5,00 m lang sein.
- (2) Absatz 1 gilt nicht, wenn in Rechtsverordnungen nach Art. 80 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 BayBO (Sonderbauverordnungen) entsprechende Regelungen getroffen werden.

§ 7

Abweichungen und Ausnahmen vom Stellplatzbedarf für besondere Wohnungsarten

- (1) Bei verfahrensfreien Bauvorhaben kann die Gemeinde, im Übrigen die Bauaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde von den Vorschriften dieser Satzung Abweichungen nach Art. 63 BayBO zulassen.



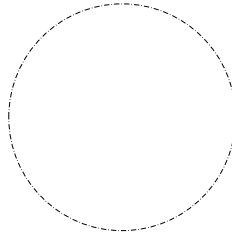
- (2) ¹Für Sozialwohnungen und barrierefreie Wohnungen finden § 3 Abs. 1 und Abs. 2 keine Anwendung. Die Anzahl der notwendigen und nach Art. 47 BayBO herzustellenden Stellplätze für Sozialwohnungen und barrierefreie Wohnungen beträgt 1,5 Stellplätze je Wohnung. ²Barrierefreie Wohnungen im Sinne dieser Satzung sind Wohnungen, soweit sie für Menschen mit Behinderung in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind. ³Sozialwohnungen im Sinne dieser Satzung sind Wohnungen, für die der Landkreis Erding oder der Markt Wartenberg ein Belegungsrecht haben.

§ 8 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Stellplatzsatzung vom 1. Oktober 2013 außer Kraft.

Markt Wartenberg
Wartenberg, 13. April 2017

Manfred Ranft
Erster Bürgermeister



Nachrichtlicher Bekanntmachungsvermerk:

Die Satzung wurde am _____ im Amtsblatt Nr. _____ der
Verwaltungsgemeinschaft Wartenberg bekannt gemacht.

Maximilian Sertl
Verwaltungsoberspektor



Anlage zu § 3 Stellplatzbedarf
Richtzahlen für den Stellplatzbedarf von Wohngebäuden

Nr.	Verkehrsquelle	Zahl der Stellplätze (Stpl.)	zusätzliche Stellplätze für Besucher
	Wohngebäude		
1	Wohnungen in Wohngebäuden mit einer Wohnfläche ¹⁾ bis zu 30qm	1 Stellplatz (je Wohnung)	entsprechend § 3 Abs. 2
2	Wohnungen in Wohngebäuden mit einer Wohnfläche ¹⁾ über 30qm	2 Stellplätze (je Wohnung)	entsprechend § 3 Abs. 2
3	Wohnungen in Wohngebäuden mit einer Wohnfläche ¹⁾ über 150 qm	3 Stellplätze (je Wohnung)	entsprechend § 3 Abs. 2

¹⁾ **[Amtl. Anm.:]** Wohnfläche (WF) = Wohnfläche nach der II. BV (Verordnung über wohnungswirtschaftliche Berechnungen)